



Manifest für ein europäisches Sonderprogramm zur nachhaltigen Entwicklung und Beschäftigung

Sechs Jahre sind vergangen, doch Europa hat die schwere Krise, die es durchleidet, noch nicht überwunden.

Der Euro, eine Säule des Binnenmarkts, ist noch nicht in Sicherheit. Weiterhin droht die ernsthafte und reale Gefahr, dass die Wirtschaftspolitik wieder eine rein nationale Angelegenheit wird, was katastrophale Folgen für die Volkswirtschaften und den Wohlstand in sämtlichen Ländern der Union hätte. Die bislang von den Regierungen verfolgte Politik der Haushaltsdisziplin war zwar zur Bewältigung der Schuldenkrise unausweichlich, hat jedoch, nicht zuletzt wegen der knappen Umsetzungsfristen, die Abwärtsspirale in die Depression nur noch beschleunigt und damit das Ziel einer Entschuldung infrage gestellt. Deshalb bedarf es eines Umdenkens. Neben der Vollendung des Binnenmarktes insbesondere im Bereich der Dienstleistungen muss nunmehr mit Vorrang ein Sonderprogramm aufgelegt werden, das die Entwicklung wieder in Gang bringen kann, und zwar eine nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage der Realisierung europäischer Infrastrukturen in den Bereichen erneuerbarer Energien, dem Schutz von Umwelt und Kulturerbe, Spitzenforschung, Bildung und beruflicher Qualifizierung.

Ein solches Programm hat vorrangig die Beschäftigung zu fördern und muss über ausreichende Mittel für Investitionen in europäische öffentliche Güter verfügen, um einige Millionen Arbeitsplätze insbesondere in den Ländern zu schaffen, in denen die Arbeitslosigkeit ein alarmierendes und die Demokratie gefährdendes Ausmaß erreicht hat.

Diese zusätzlichen finanziellen Mittel können durch eigene Einnahmen der Union (zum Beispiel eine europäische Finanztransaktionssteuer und eine Steuer auf Kohlendioxid-Emissionen), privates Kapital (über europäische project bonds) und Mittel der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung gestellt werden.

Die intergouvernementale Zusammenarbeit hat sich als völlig unzureichend erwiesen. Das Europäische Parlament ist zwar, nicht zuletzt mit Blick auf die Europawahlen 2014, aktiv geworden. Aber um dem sehr langsamen Prozess einen entscheidenden Schub zu verleihen, müssen die europäischen Bürgerinnen und Bürger endlich selbst ihre Stimme erheben.

Die Europäische Integration war der große zivilisatorische Beitrag, den Europa - nach zwei von ihm verantworteten blutigen Weltkriegen - der Welt geschenkt hat. Der Einigungsprozess gewährleistet seit nunmehr über 60 Jahren Frieden sowie einen in der Geschichte einmaligen Wohlstand in Europa, und ist damit auch beispielhaft für den gesamten Planeten.

Doch all' das ist jetzt in Gefahr. Inzwischen machen viele Bürger Europa für die Krise verantwortlich, und sehen in ihm die Ursache der Ungleichheit zwischen den Bürgern und Ländern, anstatt hierauf ihre Zukunftshoffnungen zu stützen. Ein Comeback des Nationalismus kann nur verhindert werden, wenn die europäischen Bürgerinnen und Bürger die Forderung erheben, dass Europa in die Lage versetzt wird, ihre Grundbedürfnisse zu erfüllen.

Es ist daher an der Zeit, dass der Weg frei wird für eine aktive Beteiligung der europäischen Bürger in der Welt von heute und morgen.

Erstunterzeichner: *Michel Aglietta, Michel Albert, Martine Aubry, Enrique Barón Crespo, Ulrich Beck, Josep Borrell, José Bové, Eric Bussiere, Roger Casale, Jean-Marie Cavada, Mauro Ceruti, Don Luigi Ciotti, Daniel Cohn Bendit, Gérard Collomb, Jean-Baptiste de Foucauld, Roberta De Monticelli, Anna Diamantopoulou, Guillaume Duval, Matilde Fernández, Monica Frassoni, Emilio Gabaglio, Sylvie Goulard, Olivier Giscard d'Estaing, Ramón Jáuregui, Ska Keller, Alain Lamassoure, Pascal Lamy, Jo Leinen, Alain Lipietz, Ken Loach, Henry Malosse, Norbert Mappes-Niediek, Robert Menasse, Gerhard Mensch, Yves Mény, Cristina Narbona, Claus Offe, Paul Oriol, Moni Ovidia, John Palmer, Romano Prodi, Javier Rojo, Ewa Saffin-Jacquemart, Pedro Sanchez, Gesine Schwan, Salvatore Settis, Dusan Sidjanski, Barbara Spinelli, Alexis Tsipras, Tzvetan Todorov, Guy Verhofstadt, Carlos Westendorp.*